



**Sicher. Bezahlbar.
Klimaverträglich –
drei Prinzipien für eine
gelingende Energiewende
in Berlin**

**Beschluss
der CDU-Fraktion Berlin
16. Juni 2026**

CDU FRAKTION
BERLIN

Sicher. Bezahlbar. Klimaverträglich – drei Prinzipien für eine gelingende Energiewende in Berlin

Die Energiepolitik steht an einem Scheideweg. Jahrelang wurde sie einseitig dem Ziel des Klimaschutzes auf Kosten der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit untergeordnet. Das Ergebnis sind unverhältnismäßig hohe Energiepreise, ein verwundbares Netz und eine Energiewende, deren gesellschaftliche Akzeptanz schwindet, da ihre Kosten immer ungerechter verteilt erscheinen.

Die CDU-Fraktion Berlin steht für einen Kurswechsel. Den Umbau unseres Energiesystems und die Sicherung der Energieversorgung verstehen wir als ein „Gemeinschaftswerk“, das Akzeptanz und gesellschaftliche Partizipationsansprüche erfordert. Berlins Energiepolitik muss sich am klassischen energiepolitischen Dreieck orientieren: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz. Basierend hierauf darf keines der drei Ziele zulasten der anderen dominieren.

Ausgangslage: Warum ein Kurswechsel notwendig ist

Die Energiewende ist kein rein technisches Modernisierungsprojekt. Sie ist eine tiefgreifende gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation. Aus diesem Grund ist der Energiemarkt seit Anbeginn ein politischer Markt, der von staatlicher Regulierung geprägt ist und von verschiedenen Interessen umkämpft wird. Das Gelingen der Energiewende hängt davon ab, dass alle drei Ziele ausreichend und vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Akzeptanz berücksichtigt werden. Werden Konflikte zwischen den Zielen ausgeblendet, entstehen Fehlanreize und gesellschaftlicher Widerstand.

Aus Sicht der CDU-Fraktion Berlin ist dieses Gleichgewicht aus dem Lot geraten. Die politische Dominanz des Klimaschutzes hat eine Flut von Gesetzen, Regulierungen und Förderprogrammen hervorgebracht, die für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und selbst für Experten kaum noch durchschaubar ist. Die Netznutzungsentgelte für Strom und Gas sind mittlerweile zum größten Posten in der Energierechnung des Endverbrauchers geworden und belasten die Bürgerinnen und Bürger stark. Weitere

Netzausbaumaßnahmen werden die Kosten weiter steigen lassen. Daher muss der Ausbau mit Augenmaß und nach dem Verursacherprinzip erfolgen.

Gleichzeitig hat Berlin erfahren, wie verwundbar die eigene Energieinfrastruktur ist. Als Hauptstadt steht Berlin besonders im Fadenkreuz von Extremisten und geopolitischen Risiken. Eine resiliente, diversifizierte Energieversorgung ist kein Luxus. Sie ist sicherheitspolitische Notwendigkeit.

1. Prinzip I: Versorgungssicherheit

Verlässliche Energieversorgung ist die Grundlage des modernen Stadtlebens und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die zunehmende Volatilität des Energiesystems erhöht die Anforderungen an die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und erfordert zusätzliche Flexibilitäts- und Stabilitätsmaßnahmen. Je höher der Anteil von Wind- und Solarstrom, desto größer ist der Bedarf an Ausgleichskapazitäten, Speichern und redundanten Netzinfrastrukturen. Strom muss zu jeder Zeit und überall zuverlässig verfügbar sein, unabhängig von Wetter und Jahreszeit. Die Versorgungssicherheit ist kein Selbstläufer. Sie muss aktiv gestaltet werden.

Hinzu kommt die geopolitische Dimension. Externe Schocks, wie Versorgungsunterbrechungen durch politische Krisen oder kriegerische Konflikte, können jederzeit die Energieversorgung gefährden. Die Ölpreisschocks der 1970er-Jahre und frühere Abhängigkeiten von russischem Gas haben immer wieder gezeigt, wie verwundbar rein fossil geprägte oder einseitig abhängige Energieversorgungssysteme sind. Die Diversifizierung der Energieträger verstehen wir als eine sicherheitspolitische Grundvoraussetzung. Wir fordern:

1. Bedarfsgerechter Netzausbau mit dem Vorrang auf Versorgungssicherheit: Redundanzen und Netzverknüpfungspunkte mit den vorgelagerten Übertragungsnetzen müssen unter Berücksichtigung der zunehmenden Volatilität der erneuerbaren Stromerzeugung gezielt ausgebaut werden.
2. Erhalt einer diversifizierten Energieträgerbasis: Keine voreilige Abkehr von bewährten Infrastrukturen, solange keine gleichwertigen Alternativen in ausreichendem Umfang bereitstehen. Versorgungssicherheit darf nicht ideologischen Schnellentscheidungen geopfert werden.

3. Stärkung dezentraler und insel-fähiger Energiestrukturen: Dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung und andere dezentrale Erzeugungsanlagen erhöhen besonders im Fall von Störungen oder Angriffen auf kritische Infrastruktur die Resilienz des Gesamtsystems.
4. Schutz kritischer Infrastruktur: Physischer Schutz, digitale Absicherung und klare Notfallkommunikation müssen für alle neuralgischen Punkte des Energiesystems gewährleistet sein.

2. Prinzip II: Bezahlbarkeit

Bezahlbare Energie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist für uns eine sozialpolitische Frage. Eine mangelnde Marktakzeptanz, ausgelöst durch höhere Netzentgelte, Kostenumwälzungen energetischer Sanierungsmaßnahmen etc., gefährden die gesellschaftliche Unterstützung für die Energiewende insgesamt. Eine Energiepolitik, die dauerhaft zu unnötig hohen Preisen führt, verliert schlussendlich die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger.

Energiepreise entstehen aus den Gesamtkosten des Systems: Verfügbarkeit von Energiequellen, Erzeugung, Netz, Steuern und Abgaben. Alle diese Komponenten müssen konsequent auf unnötige Kostenbelastungen überprüft werden. Technologieoffenheit ist dabei ein entscheidender Schlüssel. Wer bestimmte Technologien politisch vorschreibt, schließt oft kostengünstigere Alternativen aus. Wir fordern:

1. Überprüfung aller Komponenten des Energiesystems auf unnötige Kosten: Von der Erzeugung über die Netznutzung bis zu Steuern und Abgaben. Überall wo Einsparungen möglich sind, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden, müssen sie genutzt werden.
2. Technologieoffenheit als Grundprinzip der Bezahlbarkeit: Staatliche Vorgaben, die unwirtschaftliche Lösungen vorschreiben, verteuern letztlich die Energie für alle. Insbesondere in der Wärmeversorgung wird die Bezahlbarkeit im Wesentlichen durch den Wettbewerb der verschiedenen Energieträger gesichert. Wettbewerb zwischen Energieträgern und -technologien schützt die Bürgerinnen und Bürger vor Preismonopolen.
3. Abbau energiepolitischer Bürokratie: Regulierungen, die nicht zur Zielerreichung beitragen, sondern Kosten und Hemmnisse erzeugen, sind konsequent abzubauen.

3. Prinzip III: Klimaschutz

Der Klimawandel ist real. Vor allem ist er aber ein globales Phänomen. Trotz erheblicher Emissionsminderungen in der EU steigen die weltweiten Treibhausgasemissionen weiter an. Daraus folgt eine nüchterne Einsicht: Klimaschutz endet nicht an einer bestimmten Ländergrenze. Wenn große Nationen wie China, Indien oder die USA nicht ebenfalls auf die Minderung ihrer Emissionen achten, erreichen wir insgesamt wenig. Ein nationaler oder regionaler Alleingang im Klimaschutz, der die eigene Wirtschaft schwächt, ohne global wirksam zu sein, ist letztlich kein effektiver Klimaschutz.

Effektiver Klimaschutz braucht außerdem gesellschaftliche Akzeptanz. Zahlreiche Beispiele aus der Praxis zeigen, dass eine mangelnde Akzeptanz Energiewendeprojekte verzögert, verteuert oder verhindert. Klimaschutz, der als ungerecht oder übermäßig teuer wahrgenommen wird, verliert seine Unterstützung und schadet so dem eigentlichen Ziel. Die CDU-Fraktion Berlin steht deshalb für einen Klimaschutzansatz, der kosteneffizient, technologieoffen und international abgestimmt vorgeht. Wir fordern:

- Effektiven globalen Klimaschutz statt teurer Symbolpolitik: Lokale Klimaziele, die nur zu höheren Kosten führen, ohne globale Emissionen zu senken, sind ineffizient. Der Emissionshandel ist das geeignetste Instrument, weil er Emissionsminderungen dort realisiert, wo sie am günstigsten sind. Und zwar grenzüberschreitend.
- Technologieoffenheit als Grundprinzip des Klimaschutzes: Die Lösung des Klimaproblems wird nicht durch eine einzige Technologie kommen. Verschiedene Pfade müssen offengehalten und weiterentwickelt werden. Wir setzen den Rahmen, nicht die Technologie.
- Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit als Einheit denken: Investitionen in klimafreundliche Technologien müssen sich langfristig rechnen. Nur eine wirtschaftlich tragfähige Transformation sichert die dauerhafte Finanzierbarkeit und gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende.


4. Drei Ziele, eine Politik


Energie ist zu wichtig, um sie einem einzigen politischen Ziel unterzuordnen. Wir stehen für eine Energiepolitik, die alle drei Ziele des energiepolitischen Dreiecks ernst nimmt. Wir schützen die Versorgung vor Ausfällen und geopolitischen Abhängigkeiten. Wir sorgen für bezahlbare Energie für unsere Bürger und Unternehmen. Und wir treiben den Klimaschutz voran.


Der bisherige Ansatz – Klimaschutz um jeden Preis und ohne Rücksicht auf Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit – hat die Akzeptanz der Energiewende beschädigt. Um vor einer nachhaltigen Schädigung zu schützen, werden wir einen Kurswechsel zu einer ausgewogenen, realistischen und marktwirtschaftlich getriebenen Energiepolitik vornehmen.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

 Telefon: (030) 23 25 21 15

 Telefax: (030) 23 25 27 65

 mail@cdu-fraktion.berlin.de

 www.cdu-fraktion.berlin.de